

Die Wiederaufrichtung des Mittelstandes.

i Berlin, Ende Januar.

Wahrlich keiner kleinen Aufgabe hat die Fortschrittliche Volkspartei in Preußen ihr Augenmerk zugewendet, indem sie im preussischen Abgeordnetenhaus einen aus vielen wirtschaftlichen Forderungen zusammengesetzten Antrag zur Wiederaufrichtung des Mittelstandes einbrachte. Schon die Wahl des Wortes „Wiederaufrichtung“ kennzeichnet das ganze durch den Krieg geschaffene Elend des Mittelstandes. Wirtschaftlich und sozial ist er einer der allerhöchsten Leidtragenden des Krieges. Kriegslieferantentum, Kriegsspekulation und Arbeiterschaft haben ihn in die Mitte genommen, zermürbt, zerrieben und proletariisiert. Alle Opfer, die der Krieg dem inneren Leben der Völker, dem häuslichen sozusagen, brachte, waren zum schwersten Teil dem Mittelstand auferlegt und werden noch weiter und weiter von ihm gefordert. Zum völligen Zusammenbruch dieser Staatsbürgerklasse fehlt nicht mehr viel. Wenn es durchhalten bis zu dem heute noch unabsehbaren Ende des Krieges heißt, so richtet sich dieser Mahnruf in allererster Linie an die Willigkeit, Vaterlandsliebe und durch lange Übung erworbene Demut des Mittelstandes. Die ungeheure Teuerung, die Knappheit der Lebensmittel, die Unerreichbarkeit in Material und Arbeit minderwertiger Kleidung und das Schwinden jeder Bequemlichkeit fühlt fast nur der Mittelstand allein.

So ist es denn recht und billig, wenn wenigstens nach dem Kriege der Staat diesem Stiefkinde seiner Bevölkerung eine Pflege besonderer Art angedeihen lassen wird, um die auf das Tiefstmaß gesunkenen Kräfte neu zu beleben. Der Entwurf der Fortschrittlichen Volkspartei so begrüßenswert er ist und so rasch seine Durchführung unmittelbar nach Friedensschluß gefordert werden muß, ist freilich nur ein halbes Werk im Dienste des Mittelstandes, denn er wendet seine Sorge nur den Gewerbetreibenden und dem Kleinhandel zu, und bedarf somit einer wichtigen Ergänzung, die den gesamten Mittelstand umfaßt. Die Wege, die der Allgemeinheit die Möglichkeit bieten sollen, wieder auf sicherem Boden zu marschieren, sind zu suchen und zu finden. Der Mittelstand in seiner sozialpolitischen Zusammenfassung muß so gestärkt werden, daß er inmitten der Berufsstände, die über ihn hinwegzuschreiten drohen, wieder festen Tritt faßt und das Los des Untergehens im Proletariat nicht zu befürchten braucht. Diese Gefahr liegt näher, als man augenscheinlich in den das Schicksal des Staates bestimmenden Kreisen wirklich glaubt oder zugeben will. Die Spareinlagen der Stadt Berlin sind um viele

Millionen gestiegen. Das wird in der Presse für das untrügliche Zeichen der Gebung des öffentlichen Wohlstandes erklärt und ist unabweislich richtig. Was aber verschwiegen oder in seiner wirklichen Bedeutung nicht erkannt wird, ist die Tatsache, daß der größte Teil der Erhebungen von Sparfassengeldern aus den Kreisen des Mittelstandes erfolgt, der nach und nach in einem gleichmäßig zu verfolgenden Tempo die in der Friedenszeit ersparten Gelder beehbt, um das Defizit unsagbar verteuerter und erschwerter Lebensführung im Kriege decken zu können und den Sturz ins Proletariat im Glauben und in der Hoffnung auf bessere Zeiten so lange wie möglich zu verhüten. Wer solche Vorspeisung nicht zur Verfügung hat, führt schon jetzt das Dasein eines Proleten mit allen nur denkbaren Widrigkeiten des Existenzkampfes. An großen Wohnungen ist noch kein Mangel in Berlin, aber die kleinen, die Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen, sind nicht zu haben. Tausende und tausende Festbesoldeter zwang der Krieg, die gewohnten Friedensverhältnisse aufzugeben und die erste und nächstliegende Einschränkung in der Wahl einer kleineren Wohnung zu treffen. Im Norden und Osten jowie an der Peripherie der Stadt herrscht Wohnungsnot. Dorthin hat sich der Mittelstand aus den teuren Stadtvierteln geflüchtet, um die Zinnersparnis anderen dringenden und in ihren Kosten von der Beschneidung der eigenen Bequemlichkeit unabhängigen Bedürfnissen zuwenden zu können.

In großen Zügen wiedergegeben, fordert die Fortschrittliche Volkspartei von der preussischen Regierung zur Wiederaufrichtung des gewerblichen Mittelstandes dessen ausreichende Versorgung mit Rohstoffen, Eröffnung des notwendigen Kredits unter Bürgschaft von Reich und Staat, Zuvendung von staatlichen und kommunalen Lieferungen, Ausbau und Fortbildung des Handwerks in Anpassung an die neuzeitlichen Verhältnisse und zukünftigen Berufsaufgaben, Förderung des Kunstgewerbes, lückenlose Arbeits- und Lehrstellenvermittlung nach Demobilisierung des Heeres und unter Mitwirkung der Fachkreise, Fürsorgemaßnahmen zugunsten der aus dem Felde heimkehrenden Handwerker, Gewerbetreibenden und Kleinhändler im Einvernehmen mit den Organisationen des Handwerks, weiteste Zugänglichmachung der Kriegshilfskassen, auch für Handwerker, die wohl nicht Kriegsteilnehmer, aber durch den Krieg geschädigt sind, Schaffung von Beratungsstellen in durchaus genügender Zahl, rascheste Anordnung von Maßnahmen für die Wiederaufnahme der Baufähigkeit und tunlichste Steuerentlastungen auf dem Gebiet der Real- und Umsatzsteuern.

Der Plan der Volkspartei fordert eher zu wenig als zu viel. Der Mittelstand hat von jeher in Parlament und Regierung die wenigsten Fürsprecher gehabt. Er ist immer nur das Bastardkind im Staat gewesen. Er war keine politische Sonderklasse und keine wirtschaftliche Machtgruppe, um deren Gunst zu buhlen irgendwelcher Lohn verhielt. Nach dem Kriege aber wird da ein durchgreifender Wandel eintreten müssen. Da wird man sich zur Beantwortung der Frage zu bequemen haben, ob man eine der bisher stärksten und treuesten Stützen des Staates in unheilbare Brüche gehen lassen will. Dieses Schicksal steht dem deutschen Mittelstand bevor, wenn ihm nicht rasch, sachkundig und ausgiebig Hilfe zuteil wird. Er trägt Wunden, die ein langes, bedächtiges Herumdoktern nicht vertragen.

1001010000 1010

20100000

1000000000 1000 10000

1000000000 1000 10000